

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 22. Oktober.

Wie wird der Winter? Es gibt verschiedene Anzeichen in der Natur, welche Schlüsse auf einen gelinden Winter zulassen. So wurde dieser Tage vom Forstausseher Sachs in Köthenwalde beobachtet, wie zwei Habichte zu Nester trugen; dasselbe ist bei einem Starenpaar in Wiedersdorf der Fall. Man schließt daraus, daß der Winter diesmal ungewöhnlich spät einsetzen wird und im allgemeinen nicht allzu kalt werden wird, von verschiedenen Kälteperioden abgesehen. Hoffen wir das Beste!

Postalisches Postgebühren im Auslandsverkehr. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 18. Oktober an auf 912 Millionen-Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskunft erteilen die Post- und Telegraphenanstalten. — Versicherung von Postpaketen. Der Erlaß, den die Reichspostverwaltung für verlorene oder beschädigte Pakete leistet, reicht gewöhnlich nicht aus, den wirklich entstandenen Schaden auch nur annähernd zu decken; außerdem folgt die Erhöhung der gesetzlichen Ersatzbeträge der Geldentwertung in so weiten Maße, daß die Spanne zwischen Schaden und Ersatz immer größer wird. Aus diesem Grunde hat die Europäische Güter- und Reisegepäckversicherung A.-G. einen neuen Versicherungszweig, die Versicherung von Postpaketen, aufgenommen. Hossentlich macht man mit dieser Versicherung nur gute Erfahrungen — bei der nichtamtlichen Versicherung von Bahngepäck ist das durchaus nicht immer der Fall.

Das Finanzamt Rossen erinnert: Infolge Inkrafttretens der Aufwertungsverordnung vom 13. Oktober 1923 empfiehlt es sich, etwa noch rückständige Umsatz- und Luxussteuer oder Holzabgabe für das 3. Vierteljahr 1923 bis spätestens 25. Oktober zu entrichten, da ab 26. Oktober durch die Aufwertung sehr erhebliche Zuschläge entstehen können. Die bisherigen Ubergangsfristen sind neu geregelt worden.

Verkehr mit den Finanzstellen. Der Reichsminister der Finanzen läßt darauf hinweisen, daß bei Masseneinslieferungen von kleinen Geldscheinen bei den Finanzstellen auf sofortige Abfertigung nur dann gerechnet werden kann, wenn die Geldscheine übersichtlich sortiert und gebündelt sind. Im anderen Falle wird das übrige Publikum vorweg abgefertigt. — Die Bezahlung der Steuern mit Bankchecks hat bei den Finanzstellen zu großen Unzulänglichkeiten und bei der heutigen Geldentwertung zu erheblichen Nachteilen für die Reichskasse geführt. Von einzelnen Geldanstalten sind die Beträge oft erst nach 14 Tagen dem Konto der Finanzstellen gutgeschrieben worden. In anderen Fällen sind ungenügend gedeckte Checks eingeliefert worden, wodurch sich die Geschäftstätigkeit noch weiter verzögerte. Für die Reichskasse ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, die ihr zustehenden Beträge unentwertet zu vereinnahmen. Es ist daher bestimmt worden, daß bis auf weiteres Bankchecks aller Arten von den Kassen der Reichsfinanzverwaltung nicht mehr angenommen werden dürfen.

Bei der Entrichtung von Abgaben durch Postanweisung oder Postcheckzahlung ist als Zahlungstag der Tag anzusehen, an dem der Betrag bei der Post eingezahlt ist. Bei Postchecküberweisungen und Postchecks ist für den Tag der Zahlung der Tagesstempelabdruck des Postcheckamtes maßgebend. Dagegen verbleibt es bei Rücküberweisungen bei der bisherigen Bestimmung, wonach als Zahlungstag der Tag angesehen wird, an dem der Betrag dem Konto der Finanzstelle gutgeschrieben ist.

Landesrechtliche Mindestzuschläge ab 1. November: Das sächsische Justizministerium hat im Einvernehmen mit dem Landes-Wohnungsamt die landesrechtlichen Mindestzuschläge für laufende Instandsetzungsarbeiten und die landesrechtlichen Rahmengenrenzen für den Verwaltungsaufwand des Hauseigentümers mit Wirkung vom 1. November 1923 auf das Vierzigfache der für Monat Oktober 1923 gültigen Sätze erhöht.

Neue Dresdener Milliardenzettel. Zur Behebung der fortwährenden Zahlungsmittelknappheit gibt die Stadt Dresden neue Scheine über 2 Milliarden Mark aus. Der Schein ist in der Größe von 7,5 mal 12 Zentimeter auf weißem Papier hergestellt, das ein besonderes Wasserzeichen trägt. Die Rückseite ist glatt weiß.

Durchführung der Schutzhaft. Nach Inkrafttreten des Ausnahmestandes ist in Sachsen eine Reihe von Personen in Schutzhaft genommen worden. Das Justizministerium hat die ihm unterstellten Anstalten durch eine allgemeine Anordnung darauf hingewiesen, daß nach § 6 des Gesetzes betr. die Verhaftungen und Aufenthaltbeschränkungen vom 4. Dezember 1918 Personen in Schutzhaft Genommenen nur solche Beschränkungen auferlegt werden dürfen, die zur Sicherung des Haftzweckes und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Anstalt notwendig sind und daß ihnen in diesen Grenzen ein Recht auf alle Bequemlichkeiten und Erleichterungen zusteht.

Voraussetzliche Bitterung: Veränderliche doch vorwiegend starke Bewölkung, zeitweise Regen, mild, lebhaft Luftbewegung aus südwestlichen bis westlichen Richtungen.

Sachsdorf. Am 18. d. Mts. gegen 2 Uhr ist ein hiesiger Wirtbesitzer von zwei Arbeitslosen, denen er den Weg durch seinen Garten verboten hatte, angegriffen, mit Stöcken geschlagen und großen Steinen geworfen worden, so daß er mehrere stark blutende Wunden am Kopfe, im Gesicht und an den Händen davongetragen hat. Einer derselben hat sogar das offene Gesichtswasser gezogen, und nur durch das Hinzukommen des Sohnes wurde größeres Unheil vermieden. — Dieser Vorfall und dergleichen in Kaufbach zeugen von der großen Unsicherheit auf dem Lande, und es darf nicht wunder nehmen, wenn die Arbeitslosen überall verschlossene Türen und Tore vorfinden.

Aus der Landeshauptstadt.

Dresden, 22. Oktober.

40 000 Arbeitslose! Der Arbeitsmarkt in Dresden bot nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 13. bis 19. Oktober 1923 das gleiche ungünstige Bild wie in den Vorwochen. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist unaufhaltsam im Steigen, so daß der Bestand 40 000 erreicht hat, während die Unterbringungsmöglichkeiten abermals geringer geworden sind. — In immer stärkerem Maße befinden sich unter den Arbeitsuchenden bisher selbständige Gewerbetreibende, vor allem kleinere Handwerker, wie Maler-, Klempner-, Schuhmacher- und Tapeziermeister, denen aus Mangel an Betriebskapital die Fortführung ihres Geschäfts unmöglich geworden ist. In der Industrie hatte einzig die Zigarettenbranche einigen Bedarf an Hilfskräften. Landwirtschaft und Hauswirtschaft weisen ein steigendes Ueberangebot an Arbeitskräften auf.

Dollar: 19. Okt.: 11970080000 — 12030000000
Dollar: 22. Okt.: 39900000000 — 40100000000
1 Goldmark: = 9523809524 Papiermark.

Tagung landwirtschaftlicher Hausfrauen. Dienstag, mittags 12 Uhr, findet im Sitzungssaal des Landeskulturrats, Dresden-A., Sidonienstr. 14, die erste Vertreterinnenversammlung des Verbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Vorträge: Auf welche Weise können wir die Jugend für unser Vereinsleben gewinnen?; Fräulein v. Seubitz-Dresden. Nucht- und Vorerziehungstragen in der Leistungsgesellschaft; Fräulein Neunübel-Dresden. Praktische Biele für die Käsebereitung; Fräulein Sachs-Dresden.

Beispielammlung für Geschmacksbildung in der Schule. Die Schulverwaltung der Stadt Dresden hat unter Mitwirkung des Dresdner Zeichenlehrervereins eine Beispielammlung zur Geschmacksbildung in der Schule angelegt. Sie besteht gegenwärtig aus folgenden Gruppen: Druckbeispielen, Festumschlägen, Schmutz des Weihnachtsschmucks, Albumblätter, Tapeten, Plakate, Bild-einrahmungen, Kaffeetannen und Leuchtern. Die Bearbeiter der einzelnen Gebiete suchten sich Rechenschaft zu geben über die Grundfälle, von denen die angenehme und unangenehme Wirkung der Gegenstände auf unser Auge abhängt, um allgemeingültige sachliche Richtlinien für die künstlerische Erziehung zu gewinnen. In diesem Sinne sind jedem Stoffgebiete schriftliche Erläuterungen beigegeben.

Aus dem Freistaat Sachsen.

Niederjährl. Notorendiebstahl im Sachsenwert waren dem 1877 zu Niederjöhrlisch geborenen, jetzt in Heidenau wohnhaften Geschäftsinhaber Max Dolar Wolf zur Last gelegt. Mitte Juli sprach das Schöffengericht Dresden den Beschuldigten frei. Diergegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Diesmal wurde Wolf, der wiederum jede Schuld bestritt, zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Thürmsdorf s. Königstein. In einer der letzten Nächte sind hier Eindrehler in das Mausoleum des Freiherrn v. Biebermann auf Rittergut Thürmsdorf eingedrungen und haben die Särge erbrochen, die Leichen nach Schmutz und Kleidung untersucht und in Unordnung gebracht, von den Särgen die Metallbeschläge entfernt und einige kostbare Blumenvasen mit fortgenommen. Polizeibehörde verfolgte die Spuren der Vanditen bis in die Richtung nach Weißig, leider gingen diese dann verloren.

Reichenbach i. B. Die sächsische höhere Fachschule für Textilindustrie mit Abteilungen für Streichgarn- und Kammgarnspinnerei, Weberei, Musterzeichnen und öffentliches Warenprüfungsamt, beging am Sonnabend in zeitgemäß schlichter und doch würdiger Feier das 75jährige Bestehen der Schule in Verbindung mit der 25jährigen Wiederkehr des Tages, an dem das jetzige Schulgebäude bezogen wurde. Außer einer reich besetzten Ausstellung von Schülerarbeiten, sowie Lehrmitteln, von Textil-erzeugnissen Reichenbachs und von Neuheiten auf dem Textil-maschinengebiet in der Lehranstalt fand ein von künstlerischen Darbietungen umrahmter Festakt im „Kaiserhof“ statt, bei dem der Leiter der Anstalt, Oberstudiendirektor Professor Elnöller, die Festansprache hielt und einen anschaulichen Rückblick auf die Geschichte der Anstalt gab.

Enthpannung in Sachsen?

General Müller und Dr. Zeigner verhandeln.

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner hat dem General Müller einen Besuch abgestattet. Hierbei hat eine gründliche Aussprache über die gesamte Sachlage stattgefunden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß diese Aussprache eine Entspannung herbeigeführt hat. Dr. Zeigner hat vorher an General Müller seine Bereitwilligkeit schriftlich übermittelt, zu verhandeln.

Wie ferner bekannt wurde, handelt es sich bei dem Verlegen von Reichswehr nach sächsischen Standorten nicht um eine Reichserektion gegen Sachsen, sondern um die Wiederherstellung der Ordnung. Diese Ordnung war zweifellos dadurch bedroht, daß eine kommunistische Betriebsrätezentrale sich als eine Art Nebenregierung etabliert hatte und hierin sogar von einem kommunistischen Minister unterstützt wurde. Es bestand die Gefahr, daß die von dieser Zentrale betriebene Agitation unter den Massen Unruhen hervorrufen würde. Daneben bestand noch die weitere Gefahr, daß etwa auf Grund irgendwelcher Hilferufe solcher Kreise, die sich bedroht fühlten, Kampfverbände den Versuch machten, nach Weisach zu gelangen. Diesen Gefahren soll durch die starke militärische Verstärkung vorgebeugt werden. Der Einmarsch dieser Verstärkungen erfolgt übrigens in vollstem Einverständnis mit dem sächsischen Zivil-kommissar Meier und dem Reichsinnenminister Soilmann, die bekanntlich beide der Sozialdemokratischen Partei angehören.

Wir haben zuviel Kohlen!

Die Vorräte sind nicht mehr abzusehen.

Mit höchst interessanten und für die Anzulänglichkeiten zugehenden Feststellungen beschäftigte sich der preussische Staatsrat. Es lag eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft an die Staatsregierung vor, in der darauf hingewiesen wird, daß

die Nachfrage nach Kohlen in den Bergwerksbezirken derartig nachgelassen habe, daß die Grubenverwaltungen genötigt waren, Feierschichten einzulegen. Die Grubenplätze seien derart überfüllt, daß mit einer Vermehrung der Feierschichten zu rechnen sei. Entlassungen von Bergarbeitern seien schon die Folge gewesen. Andererseits beziehe die Reichsbahnverwaltung fortlaufend erhebliche Kohlenmengen aus dem Ausland.

Der Staatsrat möchte von der Regierung wissen, warum der Kohlenbedarf der Reichsbetriebe nicht im Inlande gedeckt werde. Die Eisenbahnpolitik müsse den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes mehr angepaßt werden. Geh. Kommerzienrat Köhler bestätigte die Mithände. Man wisse in Hamm tatsächlich nicht mehr, wo man die Kohlen lassen soll. Ganz besonders wandte sich der Redner gegen den Reichs-kohlenkommissar. Unsere Wirtschaft könne nicht gesund werden, wenn die vom Reiche eingekaufte Kohle derartig an-sinnig wirtschaftet, wie das Reichskohlenkommissariat. In der Privatwirtschaft würde eine solche Kohle nicht 24 Stunden bestehen. Der Redner meinte noch, es sei unerhört, wenn auf den Kohlengruben Feierschichten eingelegt würden.

Dieses „unerhört“ muß vielleicht nicht ganz nach der Meinung des Redners, sicher aber von volkswirtschaftlichen und nationalen Gesichtspunkten unterschrieben werden. Wenn das Reich oder die Staaten die englische Kohle billiger kaufen als die deutsche, so muß dieser Zustand eben sobald als möglich

auf irgend einem Wege geändert werden. Aber die deutschen Bergleute feiern, die Läger von Kohlen überströmen zu lassen, während die hungernde Bevölkerung zu gleicher Zeit sich in-folge der unerschwinglichen Kohlenpreise keine warme Stube mehr machen kann und die Erwerbsbetriebe an diesem gleichen Preisen erstickt — das ist wirklich unerhört!

Um das Schicksal von Millionen.

Die Rot im besetzten Gebiet.

Die Rheinische Zeitung, das Kölner Hauptorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, schreibt, im Laufe der letzten Kölner Stadtverordnetenversammlung habe man zum erstenmal von verantwortlicher Stelle erfahren, wie groß die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter allein im Stadtbezirk Köln ist. Neben den 80 000 voll Arbeitslosen stehen annähernd 100 000 Kurzarbeiter. Das bedeutet, daß von 700 000 Einwohnern Kölns jeder dritte nicht mehr vollbeschäftigt ist.

Immer tiefer sinkt die Kaufkraft der breiten Massen. Mit der Stilllegung des wirtschaftlichen Kreislaufes infolge des Ruhrreintrucks und seiner Folgen würden Hunger und seelische Ermattung und die Gefahr innerer Katastrophen ständig vergrößert. Wir rufen, sagt das Blatt, im Namen der Kölner Bevölkerung die Mächte der Entente an, mit der deutschen Regierung gegen diese entsetzliche Not anzukämpfen. Wir mahnen in letzter Stunde, von der Bedrückungs- und Gewaltpolitik abzusehen und alles daran zu setzen, daß die Räder einer geordneten Wirtschaft wieder in Gang kommen. Es geht um das Schicksal von Millionen.

Neueste Meldungen.

Die Berliner Kommunist. Waffenfunde.

Berlin, 20. Okt. Nach einer amtlichen Mitteilung haben die polizeilichen Erhebungen über die Kommunisten-Waffenläufe, an denen auch Angestellte der russischen Botschaft beteiligt gewesen sein sollen, ergeben, daß die russische Botschaft mit aller Bestimmtheit erklärte, sie sowie ihre verantwortlichen Mitglieder und Mitarbeiter ständen zu diesen Vorgängen in keinerlei Beziehung.

Die „Rote Fahne“ erneut verboten.

Berlin, 22. Okt. Vom Reichswehrminister ist ein neues Verbot der „Roten Fahne“ ergangen, da das Blatt in seiner gestrigen Ausgabe trotz der vor einigen Tagen dem Reichswehrminister gegebenen Zusicherungen wieder zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgefordert hat und den politischen Generalstreik proklamiert.

Rheinische Republik in Aachen?

Aachen, 21. Okt. Heute morgen gegen 4 Uhr ist hier die Rheinische Republik ausgerufen worden. Die Besetzung der Regierungsgebäude ging reibungslos vor sich, da die Schupo keinen Widerstand leistete. In einer Proklamation verspricht die Regierung den Bewohnern der neuen Republik Brot und Arbeit. Die Bewegung greift nach der englischen und belgischen Zone weiter rapid um sich.

Köln, 21. Okt. Die Ausrufung der Rheinischen Republik in Aachen bestätigt sich. In der Stadt selbst herrscht noch Ruhe. Alle telephonischen Verbindungen zwischen Köln und Aachen sind unterbrochen. Nach Mitteilungen, die mittags 1 Uhr in Köln aus Koblenz, Düren, Bonn, Schwelmer, Jülich, Stolberg und Neuh vorliegen, handelt es sich bei diesem Putsch der Sonderbündler lediglich um eine Einzelaktion.

Der „Temps“ gegen Stresemann.

Paris, 20. Okt. Der „Temps“ meint, daß die Darstellung der Reichsregierung von der Unterredung Poincarés mit Herrn v. Doehs geradezu den Vergleich mit der berühmten Emser Depesche herausfordere (!). Das Blatt gibt dann einen kurzen Ueberblick von der bisherigen Taktik Stresemanns und stellt erneut fest, daß der Kanzler durch seine dreifache Weigerung, die Ruhrbesetzung und die franco-belgische Eisenbahnregie anzuerkennen, sowie die Materiallieferungen zu begleichen, einfach jeden Mangel an gutem Willen verrate. Zudem manövriere er dergestalt, daß er sich selber um die Vorteile seiner wider Willen zugestandenen Konzessionen bringe. Die Unfähigkeit der deutschen Politik, fährt der „Temps“ fort, habe zur Zeit Cunos niemand in Erstaunen gesetzt; doch müsse das Benehmen eines Mannes von der Begabung Stresemanns bestrebend wirken. Das Blatt kann sich deshalb nicht des Verdachts erwehren, daß die Politik des jetzigen Kanzlers voller bestimmter Hintergedanken sei. Es kommt zu dem Schluß, daß Stresemann unter Umständen nichts weiter wünsche, als die Verantwortung für die kritische Situation im Ruhrgebiet auf die Schultern Frankreichs abzuwälzen.

Die Zwangsmittel der Rheinlands-kommission.

Paris, 20. Oktober. Laut Meldungen aus dem besetzten Gebiet hat die Interalliierte Rheinlandskommission über die Einziehung der von alliierten Gerichten verlangten Gelder eine neue Verordnung erlassen. Kraft dieser Verordnung wird jede Verurteilung zu Geldstrafe dem Verurteilten unter gleichzeitiger Angabe einer bestimmten Zahlungsfrist mitgeteilt. Wenn nach Ablauf dieses Termins die Strafsomme nicht eingezahlt ist, wird das Eigentum, Möbel usw. des Verurteilten beschlagnahmt und in der Höhe der auferlegten Geldstrafe, die Gerichtskosten mit einbezogen, versteigert.

Wiener Spende für Deutschland.

Wien, 20. Oktober. Im Gedenten an die vielfache Hilfe Deutschlands für Wien wird der städtische Finanz-ausschuß unmittelbar nach den Wahlen über eine Spende von einer Milliarde Kronen zur Linderung der Not des deutschen Volkes Beschluß fassen. Der Betrag soll dem Reichspräsidenten Ebert zur Verfügung nach freiem Ermessen übergeben werden.

Verbot heffischer Hundertschaften.

Frankfurt a. M., 20. Oktober. Nach einer Verfügung des Militärbeschlusses in Darmstadt ist die Bildung von Verbänden in der Form von Hundertschaften, Sturmtruppen usw., die wirtschaftliche oder innerpolitische Ziele erzwingen wollen, verboten. Die bereits bestehenden Verbände gelten durch diese Verfügung als aufgelöst.

Mussolini zur Reparationsfrage.

Rom, 20. Okt. In italienischen politischen Kreisen nimmt man an, daß Mussolini demnächst einen neuen Schritt in der Reparationsfrage unternehmen werde. Die italienische Regierung stellt sich offenbar auf den belgischen Standpunkt, der auf dem Prinzip der produktiven Pfänder aufgebaut ist.